

# Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche haben wir im Plenum über das „Irrtumsbereinigungsgesetz“ diskutiert: Union und FDP haben die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, die sie erst im Herbst beschlossen hatten, zurückgenommen und den **rot-grünen Atomausstieg** wieder eingeführt. Merkel erlebt ihr energiepolitisches Waterloo: Jahrzehnte konservativer Atompolitik und mehr als zehn Jahre aggressiver Polemik gegen den rot-grünen Atomausstieg werden in diesen Tagen noch einmal des Irrtums überführt. Das ist ein historischer Erfolg der engagierten Anti-Atomkraft-Bewegung und es ist eine Bestätigung der Energiewende, die wir Sozialdemokraten 1986 beschlossen und 1998 begonnen haben.

Noch in der vergangenen Woche konnten wir Sozialdemokraten einen wichtigen Erfolg erringen: Zwar wollte Merkel einen Ausstieg bis 2022 beschließen, jedoch sollten alle Meiler durch die Übertragung von Reststrommengen bis dahin laufen dürfen. Die SPD konnte sich jedoch durchsetzen, dass es einen gestuften Ausstieg geben wird mit konkreten Abschaltdata für jedes einzelne Atomkraftwerk. Wie schnell die Bundeskanzlerin in der Atomdebatte ihre Meinung verändert hat, lässt sich auch der beiliegenden Illustration entnehmen.

Für uns Sozialdemokraten ist bei der **Energiewende** immer klar: **Sie muss sozial tragfähig sein, und Deutschland soll Industrieland bleiben.** Wir brauchen Strompreise, die auch von Menschen, die nicht so viel Geld zur Verfügung haben, bezahlt werden können. Dazu müssen wir auch die Energieeffizienz steigern. Und wir brauchen Strompreise, mit denen energieintensive Unternehmen nicht in den Kon-



**Berlin-Brief, Ausgabe 98**  
**10. Juni 2011**

*Meine Termine*

**Diskussionsrunde zur Wahl des Integrationsrates: Bedeutung des politischen Engagements von Migrantinnen und Migranten**

*10.06.2011, 17 h, Berlin, Reutlingen, Spitalhofsaal*

**Benefiz: Jeder rettet einen Afrikaner**

*11.06.2011, 19.30 h, Heilbronn, Kammer-spiele*

**Podiumsdiskussion von SPD s nami: Deutsch-russische Beziehungen und die Integration von Spätaussiedlern**

*24.06.2011, 18 h, Heidelberg, Deutsch-Amerikanisches Institut*

**Seminar: Jusos und junge Gewerkschafter**

*26.06.2011, 10 h, Berlin, Bildungsstätte der IG Metall*

*Josip Juratovic MdB*

**Abgeordnetenbüro**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)

**Bürgerbüro**

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

[josip.juratovic@wk.bundestag.de](mailto:josip.juratovic@wk.bundestag.de)

**Im Internet:**

[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)

*Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!*



kurs getrieben werden. Wir wollen die Energieproduktivität erheblich steigern durch ein Investitionsprogramm Energieeinsparung.

In der Debatte dürfen wir zwei Sachen jedoch nicht vergessen: Erstens haben Union und FDP in der jahrelangen Auseinandersetzung mit Anti-Atomkraft-Bewegung, SPD und Grünen nur eingelenkt, weil Millionen Japaner durch das Unglück in Fukushima leiden. Dies ist ein hoher Preis für die schwarz-gelbe Einsicht in der Atomfrage. Und zweitens werden wir, auch mit dem Atomausstieg, noch über Jahrtausende mit den Hinterlassenschaften der Atomenergie zu tun haben – denn ein Endlager ist bis heute nicht gefunden.

Das zweite große Thema dieser Woche war die Regierungserklärung des Finanzministers zur **Stabilität in der Eurozone** und zur **finanziellen Situation Griechenlands**. Bereits seit über einem Jahr debattieren wir im Bundestag darüber, wie notleidenden Staaten in der EU geholfen werden kann. Schwarz-Gelb betreibt jedoch nur minimale Schadensbegrenzung ohne ein wirksames Konzept für die Bewältigung der Krise in der EU und in den einzelnen Mitgliedsländern vorzulegen. Wir Sozialdemokraten haben seit Beginn der Krise gesagt: Wir dürfen die Staaten, die Finanzierungsprobleme haben, nicht nur kurzfristig aus der Krise retten, sondern müssen Chancen für neues Wirtschaftswachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit in Europa bieten. Dazu brauchen wir ein Europäisches Wachstumsprogramm, das unter anderem durch Mittel aus einer Finanztransaktionssteuer, die europaweit eingeführt werden muss, finanziert werden soll. Dies wäre auch ein Schritt hin zu einer Gläubigerbeteiligung: Die Sanierung eines überschuldeten Landes darf nicht einzig zu Lasten der Steuerzahler gehen, sondern zu Lasten derer, die für Finanz- und Wirtschaftskrise verantwortlich waren. Dazu müssen Maßnahmen getroffen werden, um Spekulationen und Zockerei auf den Finanzmärkten beenden. Mit diesen konkreten Plänen wollen wir Sozialdemokraten dafür sorgen, dass zukünftige Finanzschwierigkeiten von EU-Staaten möglichst schon im Vorfeld verhindert werden, und im Falle einer Notsituation wirkungsvolle und nachhaltige Hilfen greifen können. **Das ist ein Schritt weg von Merkels aufgeregter Krisenpolitik hin zu stabiler europäischer Solidarität.**

Mit freundlichen Grüßen